

# DENKSCHRIFT ZUM REFORMPROZESS DES VOLKSBUNDES<sup>i</sup>

## Bilanz und Herausforderungen

Markus Meckel

Präsident des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

20. März 2016

### **Gliederung:**

**Grundsätzliches I - III / Kriegsgräber IV - VIII / Wissenschaftlicher Beirat IX /**

**Erinnerungskultur X - XI / Bildungs- und Jugendarbeit XII - XIII / Länder XIV / Partner XV /**

**Organisation XVI / Öffentlichkeit und Leitbild XVII - XVIII**

I.

Der Volksbund steht vor wichtigen Herausforderungen.

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges gehen langsam auch die Letzten der Erlebnisgeneration von uns. Diese Generation hat den Volksbund und seine Arbeit ganz wesentlich geprägt. Mit dem Anlegen und der Pflege von deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland – bis 1990 im Westen und danach auch im Osten Europas, mit dem gemeinschaftlichen Gedenken und einer ausgeprägten Angehörigenbetreuung schuf der Volksbund einen geschützten öffentlichen Raum für individuelles Trauern um gefallene, vermisste oder in der Gefangenschaft umgekommene Soldaten. Hunderttausende Mitglieder, engagierte Ehrenamtliche und Spender trugen angesichts der Millionen Toten die Arbeit über Jahrzehnte – inhaltlich und finanziell.

In den fünfziger Jahren entstand im Volksbund eine internationale Jugendarbeit, die dem Motto „Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden“ verpflichtet ist. Diese entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer anerkannten Jugend- und Bildungsarbeit. Aus den Erfahrungen dieser Arbeit entstand – ausgehend von einigen Landesverbänden – in den letzten 15 Jahren ein zunehmender Reformdruck. Er schlug sich nieder in zwei Kommissionen, die über Jahre an Reformen arbeiteten: die Strategie- und Strukturkommission (SSK) und die nach dem langjährigen Vizepräsidenten Volker Hannemann als Vorsitzenden benannten „Hannemann-Kommission“.

Erstere legte den Schwerpunkt auf die Straffung der Gesamtorganisation. So wurden die Strukturen und der Planstellenbedarf neu geordnet, wobei die Personalstellen mit „Arbeits- und Tätigkeitskatalogen“ (ATK) versehen wurden. Gleichzeitig wurde ein Sparkurs begonnen, verbunden mit einer zum Teil erheblichen mittelfristigen Reduzierung des Personals („Zielstruktur“). Dieser Prozess der Umgliederung war 2013 im Wesentlichen abgeschlossen, wobei die Zielperspektive des Abbaus von Personal fortwirkt.

Die Hannemann-Kommission widmete sich stärker inhaltlichen Fragen und fasste ihr Ergebnis in 89 Empfehlungen, die durch den Bundesvertretertag im Herbst 2012 beschlossen wurden. Das zentrale Ergebnis dieser Reform war die Grundsatzentscheidung, dass die als Zukunftsaufgabe erkannte Bildungs- und Jugendarbeit nun der bis dahin als Kernaufgabe bezeichneten physischen

Kriegsgräberfürsorge, dem Anlegen und der Pflege von Kriegsgräberstätten, gleichgestellt wurde. Verschiedene Arbeitsgruppen und eine Lenkungsgruppe sollten diesen Reformprozess weiterentwickeln und vorantreiben.

II.

Seit Jahren ist man sich im Volksbund darüber im Klaren, dass mit dem Weggang der Erlebnisgeneration die den Verein entscheidend tragende Finanzierung aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Nachlässen bis zum Ende des Jahrzehnts strukturell so stark zurückgeht, dass die Arbeit ohne erhebliche Zuschüsse aus öffentlichen Kassen nicht mehr finanziert werden kann. Dem ist teilweise durch einen mehrfachen Aufwuchs dieser Mittel aus dem Bundeshaushalt Rechnung getragen worden. Dieser wurde jedoch bisher nicht verstetigt, obwohl den Entscheidungsträgern im Auswärtigen Amt bewusst ist, dass es auch künftig einer weiteren Erhöhung der Mittel bedarf.

Mit meinem Amtsantritt als Präsident des Volksbundes im Oktober 2013 kam ich in eine sehr widersprüchliche Lage:

So war ein Sanierungsplan mit Spar- und Stellenreduzierungskurs auf den Weg gebracht, der die ebenfalls beschlossene inhaltliche und grundsätzliche Neuaufstellung (Empfehlungen der Hannemann-Kommission) konterkarierte. Gerade im Bereich der Bildungs- und Jugendarbeit war in den vorherigen Jahren das Personal stark reduziert worden. Mit der beschlossenen Neuausrichtung sollte aber gerade hier die Arbeit ausgebaut werden, um sie zukunftsfähig zu machen.

In Anlehnungen an Empfehlungen der Hannemann-Kommission konnten drei wichtige Maßnahmen in den vergangenen zwei Jahren umgesetzt werden:

(1) Die Einrichtung eines Referates zur Erinnerungskultur und Netzwerkarbeit in Berlin, (2) die Einstellung einer Pressereferentin in Berlin als ersten Schritt in Richtung besserer Öffentlichkeitswahrnehmung und (3) die Einrichtung von Kompetenzcentren in der Jugend- und Bildungsarbeit und damit die Umsetzung eines wesentlichen strukturellen Reformschritts in diesem Bereich.

Die Gefahr ist, dass nun wegen mangelnder finanzieller Mittel der dringend notwendige weitere Reformprozess ausgebremst wird. Hier stehen Grundsatzentscheidungen an!

Meine Thesen sind:

A – Die Arbeit des Volksbundes wird **künftig nur mit öffentlichen Mitteln zu finanzieren** sein. Dies ist auch gerechtfertigt, denn wir erfüllen einen staatlichen Auftrag. Gleichzeitig ist natürlich weiterhin zu versuchen, einen möglichst hohen Anteil an Spenden und ehrenamtlichem Engagement zu sichern.

B – Um die Politik davon zu überzeugen, diese Mittel aufzubringen, muss unsere Arbeit sich neu aufstellen und reformieren. **Sanierung und Reform brauchen Geld**. Die Mittel, die uns gegenwärtig noch von Spendern und über Nachlässe zur Verfügung gestellt werden, schenken uns Zeit und die Möglichkeit, diese Schritte zu gehen.

Diese kurzfristigen Überschüsse (aus Nachlässen) müssen zu einem gewichtigen Anteil als Investition in die Zukunft, zur strukturell notwendigen Neuaufstellung, verwandt werden. Die Nutzung dieser Überschüsse zur Deckung absehbarer Haushaltslöcher (mittelfristige Finanzplanung) wird den Volksbund nicht retten.

C – Die geschenkte Zeit muss genutzt werden, um die künftige öffentliche Finanzierung vorzubereiten. Dafür aber reichen nicht Gespräche in Hinterzimmern, so wichtig diese auch sind. Vielmehr ist ein **öffentlich wahrnehmbares Ankommen im 21. Jahrhundert, zunehmende Anerkennung der nachwachsenden Generationen und eine nicht nur deklarierte, sondern sich erkennbar vollziehende Neuaufstellung des Volksbundes** notwendig.

III.

In dem gegenwärtigen Umbruch des Volksbundes muss die **Neuaufstellung auf einer grundlegend kritischen Bilanz** beruhen. Es gilt, das Gedenken an die deutschen Soldaten und die zivilen Toten der Kriege auch in einer sich wandelnden Gesellschaft neu zu gestalten und in der Mitte der Gesellschaft zu verankern. Dafür ist es notwendig, **alle Nachkriegsgenerationen zu gewinnen**, insbesondere auch die jüngere und mittlere.

Damit dies gelingen kann, ist der **Begriff der Kriegsgräberfürsorge umfassend zu verstehen**: Drei Aufgaben sind untrennbar miteinander verbunden

- a) Die **Sorge und Pflege der Gräber** aller Toten von Krieg und Gewalt – denen der **Soldaten und der Zivilisten**.
- b) Die Gesamtheit dieser Gräber muss zu Orten **öffentlichen Gedenkens** entwickelt werden.
- c) Da diese authentischen Orte **sich** immer weniger aus sich selbst sprechen, müssen sie durch **historisch-politische Bildungs- und Jugendarbeit** erschlossen werden.

Da die Friedhöfe immer weniger Orte individueller Trauer sind, gilt es, durch Informationsangebote die Voraussetzungen für **Lernen und öffentliches Gedenken zu schaffen**.

IV.

Lange Zeit stand das deutsche Soldatengrab im Zentrum der Aufgabe des Volksbundes. Priorität hat bis heute die Suche und Identifizierung von Gefallenen, um die Angehörigen zu informieren. Entgegen früherer Planungen werden die Umbettungsarbeiten im Osten Europas noch deutlich mehr als ein Jahrzehnt fortgeführt werden müssen.

Mit dem Abtreten der Erlebnisgeneration gilt es, nun verstärkt auch die anderen Opfergruppen gemäß den Vorgaben des Gräbergesetzes in die Arbeit einzubeziehen.

Aufgrund der Priorität, Gefallene zu identifizieren und den betagten Angehörigen Nachricht geben zu können, wo ihr Toter ein würdiges Grab gefunden hat, suchte der Volksbund bisher vorrangig nach in der Schlacht gefallenen Soldaten, bei denen die Chance größer war, dass sie anhand ihrer Erkennungsmarke identifiziert werden konnten. Dabei wurden die in hoher Zahl in der Kriegsgefangenschaft umgekommenen Soldaten in der Sowjetunion bisher nachrangig behandelt. Bei den praktizierten Gedenklösungen im Osten Europas werden die Namen der umgekommenen **deutschen Kriegsgefangenen** – anders als bei den gefallenen Soldaten – nicht genannt.

Diese „Zweiklassenlösung“ ist problematisch und muss für die Zukunft überdacht werden. Hierzu muss ein Konzept entwickelt und mit der Politik gesprochen werden, denn mithilfe von Spenden ist eine solche Erweiterung der bisherigen Praxis nicht finanzierbar.

Verschiedene Schritte auf dem Weg zu einer solchen Konzeptionsentwicklung sind auf den Weg gebracht:

- Ein **Modellprojekt in Jaroslawl**. Hier wird von regionalen Forschungsgruppen geprüft, welche Erkenntnisse zusätzlich durch die vor Ort erschlossenen Quellen gewonnen werden können. Gleichzeitig kommt der Bereitschaft lokaler Behörden zur Kooperation bei der Entwicklung von dezentralen Gedenkstätten eine herausgehobene Bedeutung zu. Vergleichbare Projekte sind für **Belarus** und die **Ukraine** [in Vorbereitung vorzusehen](#), da dort die archivarischen und politischen Situationen jeweils verschieden sind.
- Eine **Konferenz im Dezember 2016 mit internationalen Experten** in Kooperation mit dem Deutsch-Russischen Museum in Karlshorst soll die Erkenntnisse zu deutschen Kriegsgefangenen auswerten und nach praktikablen Lösungen zum Gedenken suchen.
- Voraussichtlich wird im Anschluss daran eine **Arbeitsgruppe** die Aufgabe erhalten, eine Konzeption für das Gedenken an die deutschen Kriegsgefangenen zu entwickeln.

V.

Neben den Soldaten sind auch die in den Weltkriegen des 20. Jahrhunderts umgekommenen **Millionen Zivilisten** in den Blick zu nehmen. Bis heute wissen wir noch zu wenig über die Gräber dieser Zivilisten, die **ebenfalls ein dauerhaftes Ruherecht** haben. Bei den Kriegsgräberstätten im Inland sind die jeweiligen Kommunen zuständig, doch werden diese maßgeblich von uns beratend unterstützt. Aber auch auf unseren eigenen Friedhöfen im Ausland liegen Tausende von ihnen, doch haben wir sie bisher kaum wahrgenommen, identifiziert und gekennzeichnet. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen.

Zum Kriegsende wurden hunderttausende deutsche Zivilisten aus dem ganzen neuen sowjetischen Machtbereich, einschließlich der sowjetischen Besatzungszone, zur Zwangsarbeit verschleppt. Diese **deutschen Internierten** waren bisher noch außerhalb unseres Gesichtskreises, obwohl sie zu unserem Zuständigkeitsbereich gehören. Eine **gezielte Recherche in russischen Archiven** soll hier zu näheren Erkenntnissen führen, nicht zuletzt zu der Frage, wo die Gräber der dort Umgekommenen sind. Auf der Grundlage dieser Ergebnisse werden neue Entscheidungen zu treffen sein, wie wir auch dieser Opfergruppe gedenken können.

Um deutlich zu machen, dass auch Zivilisten zu unserem Aufgabenbereich gehören, haben wir für das Jahr 2016 das **Jahresthema „Flucht und Vertreibung“** gewählt. So unterstützen wir auch den Bau des in **Varde/Oksbøl (Dänemark)** entstehenden Flüchtlingsmuseums finanziell, das an die ca. 250 000 zumeist deutschen Flüchtlinge in Dänemark in den Nachkriegsjahren erinnert, und streben mit diesem Partner eine strukturierte Zusammenarbeit an.

VI.

Der Erste Weltkrieg ist in Deutschland in seiner das ganze 20. Jahrhundert prägenden Bedeutung erst 2014 wieder neu ins Bewusstsein gekommen. In Westeuropa dagegen spielen die Friedhöfe des Ersten Weltkrieges in der nationalen Erinnerung eine zentrale Rolle. Es besteht die Perspektive und Chance, dass die UNESCO diese in ihr Weltkulturerbe aufnimmt und sie so künftig auch gesellschaftlich und über die Landesgrenzen hinaus stärker wahrgenommen werden.

Völlig anders ist es mit den **Kriegsgräberstätten des Ersten Weltkriegs im Osten Europas**. Wir sind (bis auf Polen) nach den Kriegsgräberabkommen auch für diese zuständig, sind aber damit bisher völlig überfordert und haben dafür auch kein Konzept. Im Zuge einer Neuaufstellung unserer Aufgaben und ihrer Finanzierung gilt es, auch in dieser Frage zu einer Konzeption zu kommen, die in den jeweiligen Partnerländern Akzeptanz findet. Dabei wird es wichtig sein, sich erst einmal über die eigenen Interessen Klarheit zu verschaffen und mit der Politik zu klären, welche Finanzierung sie bereit ist, dafür zur Verfügung zu stellen.

VII.

Gerade in Ländern wie Russland, der Ukraine und Belarus war es in den vergangenen zwei Jahrzehnten eine wichtige Praxis, dass der Volksbund nicht nur die eigenen deutschen Kriegsgräberstätten geschaffen, sondern auch der **Opfer der anderen** gedacht hat – der **Gefallenen der ehemals gegnerischen Seite wie der Opfer deutscher Verbrechen**. Als Beispiele seien hier nur die erheblichen Beiträge für die russischen Soldatenfriedhöfe in Wolgograd und Rshew erwähnt. Der Volksbund wurde ebenfalls zum wesentlichen Träger des sich bis heute ausweitenden „**Riga-Komitees**“ – einem Verbund von mehr als 50 deutschen Städten – zum Gedenken an die aus Deutschland deportierten und in Riga ermordeten Juden und hat sich bereit erklärt, sich auch an einer Gedenklösung für die Hunderttausende von Opfern in **Trostenez bei Minsk** finanziell zu beteiligen.

Diese Praxis muss fortgesetzt werden. Sie entspringt der Erkenntnis, dass deutsche Kriegsgräberstätten im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg nur auf der Grundlage der **Versöhnungsbereitschaft in den jeweiligen Ländern** geschaffen werden konnten. Darauf bleiben wir auch heute angewiesen – und nicht nur dort, wo noch Sammelfriedhöfe gebaut werden sollen, wie auf dem Balkan.

Der Bundespräsident hat im letzten Jahr in besonderer Weise auf die **sowjetischen Kriegsgefangenen als Opfer des Nationalsozialismus** hingewiesen. Während diese Opfergruppe in der deutschen Erinnerungskultur bisher zu wenig Beachtung gefunden hat, spielte sie in der Jugendarbeit der Landesverbände des Volksbundes seit Jahren schon eine wichtige Rolle. Im Auftrag der Bundesregierung hat der Volksbund nun auch die Leitung eines Projektes übernommen, durch welches gemeinsam mit Russland, Belarus und der Ukraine sowie anderen postsowjetischen Staaten frühere Forschung nach den Daten sowjetischer Kriegsgefangener fortgesetzt und zu einem möglichst vollständigen Abschluss gebracht werden soll. In diesem **Projekt mit dem umfassenden Ziel der „Erfassung und Zugänglichmachung der Daten sowjetischer und deutscher Kriegsgefangener und Internierter“** arbeitet der **Volksbund auf deutscher Seite mit der Deutschen Dienststelle, dem Suchdienst des Deutschen Roten Kreuzes und dem Deutschen Historischen Institut in Moskau** zusammen. Das Auswärtige Amt strebt an, dieses Projekt auf eine bilaterale Basis mit dem jeweiligen Partner zu stellen. Anknüpfend an frühere Aktivitäten übernimmt bzw. entwickelt der Volksbund eine Dimension von „**Angehörigenbetreuung**“ für die **sowjetischen Kriegsgefangenen**, um diesem Projekt eine stärkere gesellschaftliche und öffentliche Wirksamkeit zu geben.

## VIII.

Die Kriegsgräberstätten verlieren ihre Bedeutung mit dem Ableben der trauernden Erlebnisgeneration, wenn es nicht gelingt, sie als **Orte der Geschichte durch öffentliches Gedenken und historisch-politische Bildungsarbeit neu in der Mitte der Gesellschaft zu verankern.**

„Soldatenfriedhöfe sind die großen Prediger des Friedens.“ Dieses Wort Albert Schweitzers ist seit langem ein gern zitiertes Motto des Volksbundes – und soll es auch bleiben. Doch entfaltet sich diese Botschaft immer weniger von selbst, durch den unmittelbaren Eindruck. Für die heutigen Generationen müssen **Kriegsgräber durch Informations- und Dokumentationsangebote zum Sprechen gebracht werden.** Dazu gehört die Erläuterung des historischen Kontextes, die Erfahrung von Krieg, wobei auch die Folgen des Krieges für die Bevölkerung des damals gegnerischen Landes nicht ausgespart werden dürfen. Zudem bedarf es einer Differenzierung der Toten auf den Friedhöfen, indem, wo möglich, ausgewählte Einzelbiografien den Besucher nahegebracht werden.

Die **Friedhöfe neu zum Sprechen zu bringen, den Toten ein Gesicht geben**, erfordert große Anstrengungen und ist sehr aufwendig und teuer. Es wird nur auf ausgewählten Friedhöfen möglich sein, bei denen eine öffentliche Wahrnehmung wahrscheinlich ist. Die Instrumente sind vielfältig, sie reichen von traditionellen Ausstellungen, Flyern und Publikationen bis zu Internetangeboten und anderen modernen Kommunikationsmitteln. Der Volksbund hat 2015 für Langemark, einen viel besuchten Friedhof in Flandern, ein Modellprojekt gestartet: den **„digitalen Friedhof“**, durch welchen auf der Anlage selbst aber auch schon bei der Vorbereitung eines Besuchs viel mehr Informationen angeboten werden können, als dies eine Tafelausstellung allein leisten kann. In einem größeren Projekt sollen zunächst in den Jahren 2016 bis 2019 wichtige Friedhöfe neu „zum Sprechen“ gebracht werden.

In Frankreich und Belgien (Flandern) hat der 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges zu vielfältigen neuen Initiativen geführt, Kriegsgräberstätten in die öffentliche Aufmerksamkeit zu führen. Erwähnt seien nur die Neugestaltung des Gedenkortes „Notre-Dame de Lorette“, wo alle Namen der Toten nicht nach Nationen getrennt, sondern alphabetisch geordnet dargestellt werden sowie die Bemühungen, mehr als 100 Friedhöfe verschiedener Nationen des Ersten Weltkrieges zu einer vernetzten Kulturlandschaft in Nordfrankreich und Flandern zu entwickeln und dafür den Titel des UNESCO-Kulturerbes zu erlangen.

Bei beiden Projekten hat der Volksbund wichtige Zuarbeit geleistet. Stärker als bisher sollten wir uns in solche Initiativen konzeptionell und als mitgestaltende Partner einbringen, wie es schon bei dem französisch-deutschen Museum auf dem Hartmannsweilerkopf geschieht.

## IX.

Die Reform und Neuaufstellung der Arbeit des Volksbundes muss konzeptionell durchdacht und wissenschaftlich begleitet werden. Schon vor Jahren, im Jahr 2005, hat der Volksbund einen Wissenschaftlichen Beirat gebildet und sich in ausgewählten Fragen durch diesen beraten lassen. Die wissenschaftliche Begleitung soll nun deutlich ausgeweitet werden. Das Arbeitsfeld ist groß. Es betrifft die Darstellung der historischen Zusammenhänge, Fragen der verschiedenen Erinnerungskulturen, das öffentliche Gedenken, die Vorbereitung und Beteiligung an Veranstaltungen und Konferenzen sowie die Gestaltung von Ausstellungen und Publikationen. Um

diesen vielfältigen Aufgaben gerecht werden zu können, ist 2015 ein deutlich erweiterter und international aufgestellter **Wissenschaftlicher Beirat** berufen wurden.

X.

Über Jahrzehnte schuf der Volksbund **für Millionen von Angehörigen einen geschützten öffentlichen Raum für individuelles Trauern um gefallene, vermisste oder in der Gefangenschaft umgekommene Soldaten**. Dabei ließ er sich von den zum Teil heftigen gesellschaftlichen Debatten über die Darstellung und Bewertung des Nationalsozialismus, über Schuld und Verantwortung nicht wirklich berühren – und nahm an ihnen nicht teil. Er integrierte diese Diskurse nur punktuell und zögerlich in seine Arbeit. Wenn der Volksbund heute die nachfolgenden Generationen für die Aufgabe der Kriegsgräberfürsorge gewinnen will, darf er sich diesen Diskursen nicht verweigern! Vielmehr muss er sich als Teil der deutschen historisch-politischen Erinnerungskultur begreifen und sich aktiv in den gedenkpolitischen öffentlichen Diskurs in Deutschland einbringen.

Die Gestaltung der zentralen **Gedenkfeier am Volkstrauertag** liegt in der Verantwortung des Volksbundes. Hier bringen wir zunehmend auch aktuelle Fragestellungen ein. Es gilt, gerade auch in der Fläche, den Volkstrauertag neu mit Leben zu füllen und auch jüngeren Generationen nahezubringen.

Die Erinnerungskultur in Deutschland ist in der Gesellschaft recht gespalten und vielfach wenig integrativ. Die einen beschäftigen sich mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus, die anderen mit der des Kommunismus, wieder andere mit Flucht und Vertreibung. Erst durch die letzten Jahrestage kommt auch das Gedenken an die Weltkriege wieder in den Blick. Hier aber muss sich der Volksbund einbringen und Profil gewinnen. Dies sollte durch einen integrativen Ansatz geschehen, wodurch die verschiedenen Dimensionen der **Erfahrungen des 20. Jahrhunderts (Weltkriege und totalitäre Diktaturen) miteinander in Beziehung gesetzt** werden.

Nach den Debatten der letzten Jahrzehnte gehören das **Bekenntnis zu Schuld und Verantwortung** Deutschlands in der Zeit des Nationalsozialismus und die Aufarbeitung der Verbrechen zum festen Bestandteil der nationalen Erinnerungskultur. Öffentliches Gedenken kann nur auf Grundlage der von uns heute anerkannten Werte stattfinden und hat sich kritisch auch mit den dunklen Seiten der eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Gerade vor diesem Hintergrund ist es eine wichtige Aufgabe, das Gespräch darüber zu führen, wie wir heute deutscher Soldaten im Zweiten Weltkrieg angemessen und würdig gedenken können. Die politischen Entscheidungsträger in der Bundesrepublik Deutschland haben dafür bis heute keine allgemein anerkannte Sprache gefunden und tun sich schwer, deutsche Kriegsgräberstätten im Ausland bei öffentlichen Auftritten zu besuchen. Hier gibt es offene Fragen, denen wir uns stellen müssen!

Mit einem neuen **Referat in Berlin „Erinnerungskultur und Netzwerkarbeit“** hat der Volksbund begonnen, sich diesen Aufgaben zu stellen.

Ziel muss es sein, sich **zu einem anerkannten Akteur der Geschichts- und Gedenkpolitik in Deutschland zu profilieren** und hier die Dimension der Kriegserfahrung und seiner Folgen einzubringen. Kriegsgräberstätten müssen wie die Gedenkstätten der totalitären Diktaturen als Orte des Gedenkens in die Schul- und Bildungspolitik eingebracht werden. Dies gilt auch für die Gedenkstättenkonzeptionen des Bundes und der Länder.

XI.

Stärker als uns dies früher bewusst war, steht öffentliches Gedenken heute immer in einem internationalen Kontext. Unsere eigene Geschichte ist eng mit der unserer Nachbarn verbunden, wobei diese jeweils ihre eigene Perspektive haben. Überall, wo wir Kriegsgräberstätten bauen und pflegen und unser Gedenken gestalten, müssen wir uns die Erfahrungen der jeweiligen Gesellschaft mit uns Deutschen und die Erinnerungskultur bewusst machen. Dieses **dialogische Erinnern** muss in unserer Arbeit stärker Eingang finden.

In Berlin haben wir deshalb in Kooperation mit Botschaften anderer Länder eine Veranstaltungsreihe **„Erinnerungskulturen im Dialog“** begonnen.

Gemeinsam mit unserem Partner in Frankreich, der ONAC, haben wir die Initiative ergriffen, andere europäische Kriegsgräberdienste einzuladen. Im Ergebnis wurde im Oktober 2015 in Niederbronn eine **„Kontaktgruppe von Kriegsgräberdiensten in Europa“** gegründet. Ein nächstes Treffen im um weitere Kriegsgräberdienste erweiterten Kreis findet im Oktober 2016 in Belgien statt.

Seit 2015 ist der Volksbund Mitveranstalter des jährlich stattfindenden „Internationalen Ost-West-Europäischen Gedenkstättenseminars“ in Kreisau.

Schon zum 60. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges begannen die europäischen Staaten in Ost und West sich gemeinsam der Schrecken dieses Krieges zu erinnern. Das Europäische Parlament hat seit 2004 Initiativen und Programme auf den Weg gebracht, den europäischen Dialog zur Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts voranzubringen. Verschiedene Aktivitäten und Institutionen erhalten dafür inzwischen auch Gelder aus **Mitteln der Europäischen Kommission**. Es muss Anliegen des Volksbundes sein, sich in der EU zu einem konzeptionellen und professionellen Partner zu profilieren, der dann auch Zugang zu solchen europäischen Programmen erhält.

Es wird zu prüfen sein, in welcher Weise unsere Büros im Ausland (Frankreich, Polen, Russland), die bisher im Wesentlichen Aufgaben im Rahmen des Baus und der Pflege von Sammelfriedhöfen sowie für die Umbettungen wahrnehmen, auch mit solchen der Bildung und des Gedenkens betraut werden sollten.

XII.

Seit 1953 arbeitet der Volksbund mit jungen Menschen unter dem Motto „Versöhnung über den Gräbern - Arbeit für den Frieden“ auf Kriegsgräberstätten. Über viele Jahre haben sich die in einer Vielzahl in ganz Europa stattfindenden **internationale Jugendbegegnungen/Workcamps** zu einem Markenzeichen entwickelt. In fünf Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten neben großen Friedhöfen findet eine historisch-politische Bildungsarbeit für Frieden und Demokratie statt, mit der wir jährlich knapp 20.000 junge Menschen erreichen. Seit 2008 ist der Volksbund auch als Träger der politischen Bildung anerkannt. Für diese Arbeit, die ganz wesentlich auch durch die Landesverbände getragen wird, ist der Volksbund mehrfach mit Preisen bedacht worden (2014 Preis des Westfälischen Friedens, 2015 Preis des Weimarer Dreiecks, Nationalpreis 2016).

Trotz dieser großen Anerkennung gibt es auch hier erheblichen Reform- und Investitionsbedarf. 2015 wurde eine große Strukturreform beschlossen, um die internationale Jugendarbeit zu professionalisieren und auf Länderebene die Schularbeit zu verstärken (Einrichtung von Kompetenzzentren zur Kooperation von Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden, Haupt- und Ehrenamtlern).

Die **Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten müssen ausgebaut und zu Tagungs- und Bildungszentren entwickelt werden**, so dass sie künftig auch von der mittleren Generation genutzt



werden können. Auf dem Golm ist dies geschehen, für Niederbronn sind die baulichen Maßnahmen beschlossen.

Gleichzeitig ist es wichtig, dass der Volksbund durch seine Jugendbegegnungs- und Bildungsstätten in der jeweiligen Region stark in der Gesellschaft verankert ist.

Künftig sollte sich der Volksbund auch in das Freiwilligen-Programm der Bunderegierung (FSJ) einbringen und auch die Möglichkeiten des „Europäischen Freiwilligendienstes“ nutzen. Ein Konzept dazu wird erarbeitet.

### XIII.

Während der Volksbund für die Erlebnisgeneration des Krieges und auch für junge Menschen gute Angebote hat, um mit ihnen das Gedenken an Krieg und Gewalt zu gestalten bzw. sie an diese Thematik heranzuführen, gibt es solche für die **mittleren Generationen** kaum. Hier liegt eine Herausforderung, der wir uns noch zu wenig stellen. Ein Projekt, das wir in diesem Horizont 2015 begonnen haben, ist das **Angebot von Bildungsreisen**. Diese Arbeit muss noch intensiviert und ausgebaut werden.

Die Erfahrungen zeigen, dass es hier große Potentiale gibt, denn ein gesellschaftliches Interesse ist zweifellos vorhanden. Gleichzeitig kann man davon ausgehen, dass eine solche Arbeit sich auch ganz weitgehend selbst trägt, wenn sie einmal entwickelt und eingeführt ist. Diese Altersgruppe ist bereit und in der Lage, solche Angebote auch kostendeckend zu finanzieren.

### XIV.

Der Volksbund ist föderal organisiert, die Landesverbände spielen eine zentrale Rolle. Während bisher auch die Workcamps auf Landesebene organisiert wurden, liegt ab 2016 der Schwerpunkt auf der Schularbeit. Einige Landesverbände haben hier eine Vorreiterrolle wahrgenommen und die **Schularbeit als pädagogische Friedens- und Demokratiarbeit fest etabliert**.

In verschiedenen Ländern hat es sich bewährt, dass Schulen durch den Volksbund konkrete Kriegsgräberstätten für ihre Bildungsarbeit nutzen und dafür auch pädagogisches Material erhalten. Bisher ist eine solche Praxis und das entsprechende Material noch zu wenig über die eigene Region hinaus bekannt. Auch hat der Volksbund auf Bundesebene noch keinen zugriffsfähigen Überblick über derartige Projekte, die ja auch als Anregung für andere Regionen dienen können.

Das Gräbergesetz der Bundesrepublik Deutschland beschreibt in §1 Absatz 1 die Aufgabe „der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft in besonderer Weise zu gedenken und für zukünftige Generationen die Erinnerung daran wach zu halten, welche schrecklichen Folgen Krieg und Gewaltherrschaft haben“. Diesen Auftrag nimmt der Volksbund für die Bundesländer mit seiner Schul- und Bildungsarbeit, mit Ausstellungen und mit der Bereitstellung von pädagogischen Material für exponierte Kriegsgräberstätten wahr. Durch die Einrichtung der Kompetenzzentren werden gerade für die kleinen Landesverbände Ressourcen frei, diese Arbeit zu intensivieren.

Eine weitere wesentliche Aufgabe des Volksbundes auf Länderebene ist die **Beratung von Kommunen in allen Fragen der Gestaltung von Kriegsgräberstätten**. Diese Aufgabe wird in Zukunft immer weniger wahrgenommen werden können, wenn sie nicht auch von den Ländern und Kommunen finanziert wird. Dabei ginge jedoch viel Kompetenz verloren, die auch in Zukunft gebraucht wird. Wir müssen künftig auch gezielter an die **kommunalen Verbände** herantreten und

dafür werben, dass die Länder und Kommunen sich dazu bereitfinden, diese Beratung und Begleitung zu finanzieren.

XV.

Die Arbeit des Volksbundes ist nur möglich durch die **verlässliche Partnerschaft** mit der Bundeswehr, mit Reservisten und Verbänden der Traditionspflege bei Straßensammlungen, Arbeitseinsätzen auf den Friedhöfen und bei der Unterstützung der Workcamps. Darüber hinaus sind uns auch die Kirchen und Kommunen wichtige Partner bei den Gedenkfeiern zum Volkstrauertag. Diese Kooperationen müssen bewahrt und gepflegt werden.

Darüber hinaus gilt es, sich auch in den Bereichen der Erinnerungskultur und der Bildungsarbeit in die Netzwerke einzubringen und hier zu einem anerkannten Partner zu werden, der ein eigenes Profil einbringt.

XVI.

Der Volksbund wird in seiner langen Geschichte ganz wesentlich von ehrenamtlichem Engagement getragen. Obwohl die Mitgliederzahlen stark rückläufig sind, muss es Ziel bleiben, diesen Charakter auch in Zukunft zu erhalten.

Gleichzeitig sichert ein großer Bestand an hauptamtlichen Mitarbeitern die Arbeit professionell ab. Durch Fortbildung sowie die Einstellung von neuen qualifizierten Mitarbeitern müssen wir uns auf die neuen Herausforderungen einstellen und uns in die Lage versetzen, sie zu bewältigen.

Es ist zu prüfen, wie die Prozessabläufe zwischen Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden künftig noch flexibler und einfacher gestaltet werden können. Hierzu werden auch die Möglichkeiten der IT-Systeme künftig noch besser zu nutzen sein.

XVII.

Nicht zuletzt durch den Namen, aber auch durch den Zeitabstand zu den Weltkriegen hat der Volksbund in der Gesellschaft, sofern man ihn kennt, das Image einer nicht zeitgemäßen Organisation. Viele ältere Menschen kennen noch die Straßensammlungen, die Sorge um Soldatenfriedhöfe und die Angehörigenarbeit, wenige wissen um die umfassende Jugend- und Bildungsarbeit. Selbst dass die Suche nach Gräbern, die Schicksalsklärung und die Bergung von Kriegstoten bis heute andauert, ist in der Öffentlichkeit nahezu unbekannt.

Eine zentrale Aufgabe für die Zukunftssicherung des Volksbundes ist, die umfassende Arbeit des Volksbundes zu profilieren und öffentlich wahrnehmbar zu machen. Das erfordert eine **professionelle und kohärente Kommunikationsstrategie für die mediale Öffentlichkeit.**

Mit dem **ersten Jahresempfang in Berlin im Februar 2016** ist ein weiterer Schritt getan, in der Bundeshauptstadt öffentliche Präsenz zu zeigen.

XVIII.

Diese Denkschrift fasst die Ergebnisse der verschiedenen Reformbemühungen und -beschlüsse zusammen und stellt sie in einen inneren Zusammenhang. Manches ist begonnen worden, viel ist noch zu tun. **Festzuhalten bleibt: Allein durch die konsequente weitere Umsetzung des Reformprozesses wird der Volksbund die notwendige Anerkennung in Politik und Öffentlichkeit erhalten, die für seine Zukunftssicherung erforderlich ist.**

Um die Arbeit des Volksbundes auch ohne die Spenden der Erlebnisgeneration fortführen zu können, wird es schon in der nahen Zukunft nötig sein, dass die **Finanzierung maßgeblich von den öffentlichen Haushalten** übernommen wird, vor allem durch den Bundeshaushalt. Mit dem Auswärtigen Amt laufen bereits Gespräche darüber, wie der Volksbund und seine Arbeit kurz- und mittelfristig auf eine sichere Grundlage gestellt werden können. Auch die Bundesländer sind hier in der Pflicht, für die wir wichtige Aufgaben wahrnehmen.

In diesen Wochen haben die ersten Gespräche begonnen, damit im Deutschen Bundestag in diesem Herbst (erstmalig seit 2002 wieder) eine **neue Bundestagsresolution zum Volksbund und seiner Zukunft** verabschiedet wird.

Das **neue Leitbild**, das in einem einjährigen intensiven Diskussionsprozess entstanden ist und nach Billigung durch das Präsidium dem Bundesvertretertag im Herbst 2016 zur Beschlussfassung vorgelegt wird, fasst zusammen, was wir im beginnenden 21. Jahrhundert als unsere Aufgabe beschreiben und wie wir von der Öffentlichkeit wahrgenommen werden wollen. Es soll uns ein klares Profil geben.

## **Versöhnung über den Gräbern – Arbeit für den Frieden**

*Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. wurde 1919 angesichts Millionen gefallener Soldaten des Ersten Weltkrieges aus der Gesellschaft heraus gegründet. Heute wird er von einem breiten überparteilichen Engagement getragen.*

*Mit dem festen Willen, die Erinnerung an Krieg und Gewaltherrschaft wachzuhalten, Verständigung, Versöhnung und Frieden unter den Menschen und Völkern zu fördern und für Freiheit und Demokratie einzutreten, hat sich der Volksbund auf der Grundlage seiner Satzung dieses Leitbild gegeben.*

### **GRUNDSÄTZE**

Kriegsgräberfürsorge umfasst die Sorge um die Gräber aller Toten von Krieg und Gewaltherrschaft, Soldaten wie Zivilisten, das öffentliche Erinnern und Gedenken sowie die auf Friedensfähigkeit und Verständigungsbereitschaft zielende Jugend-, Schul- und Bildungsarbeit.

Sie geschieht auf der Grundlage des humanitären Völkerrechts und aus der Perspektive der im Grundgesetz und der europäischen Grundrechtecharta verankerten Werte. Kriegsgräberfürsorge steht immer in internationalem Kontext.

Wir stellen uns der deutschen Geschichte: Den Ersten Weltkrieg mit seinen Folgen sehen wir als Beginn einer Epoche exzessiver Gewalt und totalitärer Diktaturen. Den Zweiten Weltkrieg betrachten wir als Angriffskrieg, in dem das nationalsozialistische Deutschland ein rassistisch geprägtes Europa

unter deutscher Vorherrschaft zu realisieren suchte. Er wurde insbesondere im Osten Europas als Eroberungs- und Vernichtungskrieg geführt und war Voraussetzung für einzigartige Verbrechen, vor allem für den millionenfachen Mord an den europäischen Juden. Damit stellt sich auch die Frage der persönlichen Verantwortung unter den Bedingungen von Diktatur und Krieg. Die Meisten glaubten, ihre nationale Pflicht zu erfüllen. Viele machten sich schuldig. Andere konnten sich entziehen. Wenige leisteten Widerstand. Insofern verbieten sich pauschale Schuldzuweisungen.

Wir trauern um die Millionen Menschen, Soldaten und Zivilisten, deren Leiden und Sterben aus unserer Sicht sinn- und trostlos war.

## **AUFGABEN**

### Kriegsgräber

Kriegstote haben aufgrund völkerrechtlicher Bestimmungen ein dauerndes Ruherecht.

Im staatlichen Auftrag erhalten, errichten und pflegen wir die deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland. Wir unterstützen die Träger der Kriegsgräberstätten im Inland und sind bereit, hier zusätzliche Aufgaben zu übernehmen.

Wir suchen nach den noch nicht geborgenen deutschen Kriegstoten, bestatten sie würdig und versuchen, ihnen ihre Namen zurückzugeben. Wir informieren und begleiten ihre Angehörigen.

Die Kriegsgräberstätten im In- und Ausland entwickeln wir als Orte des öffentlichen Gedenkens, der Erinnerung, der Begegnung und des Lernens weiter.

### Erinnern und Gedenken

Wir gestalten öffentliches Gedenken an die Toten von Krieg und Gewaltherrschaft. Darüber hinaus unterstützen wir das würdige Andenken an alle, die im Dienst der Bundesrepublik Deutschland in Auslandseinsätzen das Leben verloren haben.

Den Volkstrauertag begehen wir als den Gedenktag für alle Toten von Krieg und Gewaltherrschaft und entwickeln ihn in Form und Inhalt weiter. Wir bringen an diesem Tag unsere Verantwortung für Frieden in Recht und Freiheit zum Ausdruck.

Wir suchen nach Wegen dialogischen Erinnerns. So wollen wir die unterschiedlichen historischen Erfahrungen und Erinnerungskulturen unserer europäischen Nachbarn kennenlernen und verstehen, Gemeinsames benennen und Verschiedenheit respektieren.

Insbesondere fördern wir die Verständigung zwischen Menschen aus ehemals verfeindeten Ländern an den Kriegsgräbern. Dabei erfahren wir seit langem vielfach Versöhnung. Die internationale Arbeit verstehen wir auch künftig als Beitrag zu Frieden und Integration in Europa.

### Bildung

Wir fördern Begegnung und historisch-politische Bildung an Kriegsgräberstätten. In unseren Workcamps, Begegnungs- und Bildungsstätten sowie vielfältigen Projekten im In- und Ausland regen wir zur Auseinandersetzung mit historischen und aktuellen Ereignissen an. Hierbei sind die Schulen und Träger politischer Bildung wichtige Partner.

In unserer Bildungsarbeit vermitteln wir die Werte von Menschenrechten, Demokratie und Frieden und setzen uns mit Extremismus, Nationalismus, Rassismus und willkürlicher Gewalt auseinander.

Wir tragen dazu bei, dass junge Menschen Erinnern und Gedenken selbständig gestalten. Sie erhalten Raum für verantwortliche Mitwirkung. Dies ist eine Voraussetzung für die Kriegsgräberfürsorge der Zukunft.

## **ORGANISATION**

Der Volksbund nimmt seine Aufgaben auf Bundes- und Länderebene wahr. Aufgrund unserer föderalen Struktur finden wir in der Fläche Partner und stehen den Menschen vor Ort zur Verfügung.

Wir setzen auf die Unterstützung und das ehrenamtliche Engagement aller Bevölkerungs- und Altersgruppen. Wir fördern Partizipation und Eigenverantwortung in der Organisation, insbesondere in der Zusammenarbeit von ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern.

Wir kooperieren bundesweit und international mit anderen Akteuren und Einrichtungen der Erinnerungs- und Gedenkkultur, mit der Bundeswehr, den Reservisten und Verbänden der Traditionspflege, mit Bildungsträgern, Kirchen und Religionsgemeinschaften, mit Parteien, Vereinen und Gewerkschaften, mit staatlichen und kommunalen Stellen.

***„Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren ... Gerade deshalb müssen wir verstehen, dass es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann“***  
*(Richard von Weizsäcker, Rede zum 40. Jahrestag zur Beendigung des Zweiten Weltkrieges, 8. Mai 1985)*

---

Diese Denkschrift wurde im März 2016 vom Bundesvorstand zustimmend zur Kenntnis genommen und zur Weitergabe empfohlen.